Deutschland

»Es ist möglich, daß der Deutsche noch einmal von der Weltbühne verschwindet; denn er hat alle Eigenschaften, sich den Himmel zu erwerben, aber keine einzige, sich auf Erden zu behaupten, und alle Nationen hassen ihn wie die Bösen den Guten. Wenn es ihnen aber wirklich einmal gelingt, ihn zu verdrängen, wird ein Zustand entstehen, in dem sie ihn wieder mit den Nägeln aus dem Grabe kratzen möchten.«

Chr. Friedrich Hebbel

Deutscher Schriftsteller (1813 - 1863)

Tagebücher, 4. 1. 1860

Gedelja Ben Elieser

Jüdisches Volk, antworte!

erschienen 1937 in Wien

Auszug aus dem Buch:

„... die Mission Hitlers darf nicht nur von der negativen Seite her angesehen werden. Sicherlich hat Hitler nicht die Absicht gehabt, dem Judentum irgendwie zu dienen, aber man kann doch nicht leugnen, dass er unserem Volke einen grossen Dienst erwiesen hat. Er hat den Vorzug, eine Geissel Gottes zu sein. Der Stock, mit dem er uns schlägt, hat uns vor dem Abgrund verjagt, welcher uns zu verschlingen drohte. Wir wussten ja bis Hitler nicht, wie weit das Gift der Assimilation, welche die Menschen zur Selbsterniedrigung bringt, zum Erlöschen seiner Gottähnlichkeit führt, eine Assimilation, welche bereits das ganze jüdische Wesen umfasst, erreichte in Deutschland ihren Höhepunkt. Unsere besten Söhne uns Töchter haben sich schamlos taufen lassen, aus Bequemlichkeit, für eine „Eintrittskarte". Die Zahl der Mischehen wuchs von Tag zu Tag. Wir begannen in Deutschland hinzuschwinden, wie eben eine menschliche Gesellschaft, die von der Assimilation befallen ist. Die selbe Gefahr droht in anderen Teilen des Westens, und auch der Osten begann, wenn auch nicht mit Riesenschritten wie in Deutschland, denselben Weg zu gehen. In Deutschland war die Sterbezahl bereits mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der Geburten. Auch um andere Länder stand es nicht besser. Da kam Hitler und gab unserem Volke die richtige „Injektion". Ihn hat die Vorsehung dazu ausgewählt, der grosse Arzt unseres kranken Volkes zu sein. Die Wege der Geschichte sind uns verborgen. Selbstverständlich waren die Absichten in bezug auf uns schlechte und nur auf den Bestand seines Volkes bedacht. Trotzdem hat er auch für den Bestand unseres Volkes viel geleistet. Dieses ist kein Paradoxon. In unserer Geschichte wird Hitler auch zu Gutem erwähnt werden, weil er von Gott geschickt wurde, uns vor völligem geistigen Verfall, vor der fürchterlichen Degeneration zu retten. Was wir, die zionistischen Propheten nicht erreichen konnten, das hat Hitler erreicht.

Die Opfer von Dresden!

Das Dokument: 1945!

LANDESHAUPTSTADT DRESDEN
STADTVERWALTUNG

Amt für Protokoll und
Auslandsbeziehungen

KOPIE

01012 Dresden

Bearbeiter: Mitzscherlich
Zimmer:

Ihr Schreiben vom	Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Telefon	Datum
		0016/Mi		31.7.1992

Sehr geeh...

In den vergangenen Wochen und Monaten erreichte uns eine Flut von Briefen, in denen uns die Absender ihre Zustimmung zu unserem Protest gegen das Denkmal des Luftmarschalls A. T. Harris bekunden und gleichzeitig, wie auch Sie, die Frage nach der tatsächlichen Zahl der Opfer der Bombenangriffe auf Dresden am 13./14. Februar 1945 stellen.

Zweifelsohne ist eine Aufarbeitung der historischen Tatsachen und Hintergründe und damit eine offizielle Korrektur der in den vergangenen Jahrzehnten von der DDR veröffentlichten Angaben über die Opfer unerläßlich. Nun, da die Möglichkeiten dazu gegeben sind, ist es nahezu eine Verpflichtung, daß die Historiker dieses Thema unter anderen Aspekten erneut aufgreifen.

Um der geschichtlichen Wahrheit über das Ausmaß der Zerstörung und des Todes in Dresden gerade auch in Großbritannien Geltung zu verschaffen, bedarf es neben den Schätzungen vor allem der Beweisführung, und darin liegt heute die Schwierigkeit.

Gesicherten Angaben der Dresdner Ordnungspolizei zufolge wurden bis zum 20.3.1945 202.040 Tote, überwiegend Frauen und Kinder geborgen. Davon konnten nur etwa 30 % identifiziert werden. Einschließlich der Vermißten dürfte eine Zahl von 250.000 bis 300.000 Opfern realistisch sein. Entsprechende neue Forschungen sind noch nicht abgeschlossen.
Diese Informationen sind sicher nicht allumfassend; dennoch hoffen wir, Ihnen damit geholfen zu haben.

An dieser Stelle möchten wir Ihnen für Ihre Verbundenheit mit der Stadt Dresden danken, die in der Zukunft, und dessen sind wir gewiß, schöner denn je erblühen wird.

Mit freundlichen Grüßen

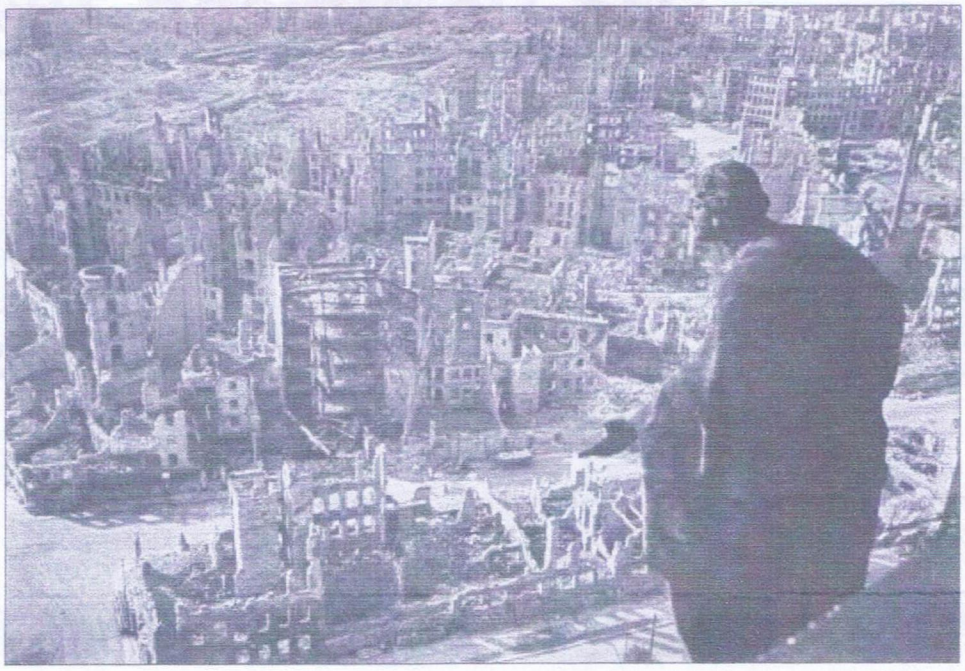
K. Mitzscherlich

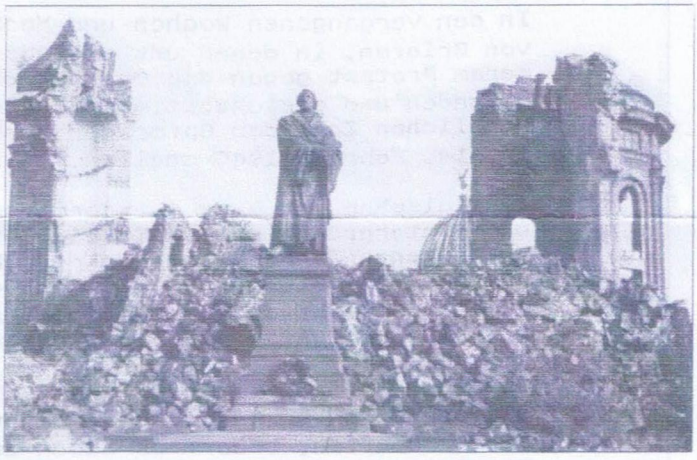
Karin Mitzscherlich
Sachgebietsleiterin

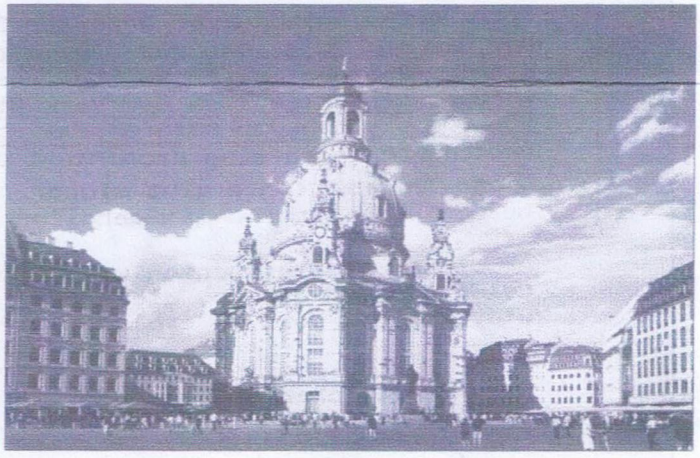
Skc:

Telefax: Bankverbindung: Stadtsparkasse Dresden Konto-Nr. 34705000 BLZ 85053142

Dresden: Totalzerstörung 1945







10 Jahre Bauzeit! Wiedererrichtete Frauenkirche 2005

Hanse Buchwerkstatt · Verlag Wieland Körner · Postfach 33 04 04 · 28334 Bremen
hanse-buchwerkstatt@gmx.de

TSP Nr. 19287 Vom 7

John Maynard Keynes: *Krieg und Frieden. Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles.* *Herausgegeben und eingeleitet von Dorothea Hauser. Berenberg Verlag, Berlin 2006. 160 Seiten, 19 Euro.*

„Vor uns steht ein leistungsunfähiges, arbeitsloses, desorganisiertes Europa", urteilte der britische Wirtschaftswissenschaftler **John Maynard Keynes** Ende 1919. Es sei „zerrissen vom Haß der Völker und von innerem Aufruhr, kämpfend, hungernd, plündernd und schwindelnd". Keynes hatte der britischen Delegation bei der Friedenskonferenz in Paris 1919 angehört, er war Augenzeuge und Berater zugleich. Vorzeitig war er abgereist, fassungslos vom Versagen der politischen Führer. „Paris war wie ein böser Traum", schrieb Keynes, „und jeder Mensch dort war ein Kranker". Er setzte sich umgehend hin und schrieb seine Beobachtungen, Porträts, Analysen und Anklagen auf. Er machte Vorschläge zur Verbesserung, er appellierte an die Moral und Vernunft der Menschen, warnte vor „der Versklavung Deutschlands". Er forderte ein einiges Europa, den Verzicht auf Revanche und Kriegsschulden, eine große Anleihe der USA – also das, was später, nach dem Zweiten Weltkrieg, Wirklichkeit werden sollte. Keynes' Buch wirkte wie ein Paukenschlag, es wurde zum Bestseller und vielfach übersetzt. Der Autor war auf einmal berühmt, und **Carl von Ossietzky** beispielsweise lobte ihn als „leidenschaftlichen Vorkämpfer einer wahrhaften europäischen Wiederherstellung". Doch Keynes' Anliegen verhallte. Die Urkatastrophe von 1914 wurde nicht kuriert, und Europa taumelte, wie von Keynes vorhergesagt, in den nächsten Krieg. Die Lektüre, wenn auch hier nur in Auszügen, bewegt noch immer, 86 Jahre nach der deutschen Erstveröffentlichung. STEFAN BERKHOLZ

21. Aug. 2006

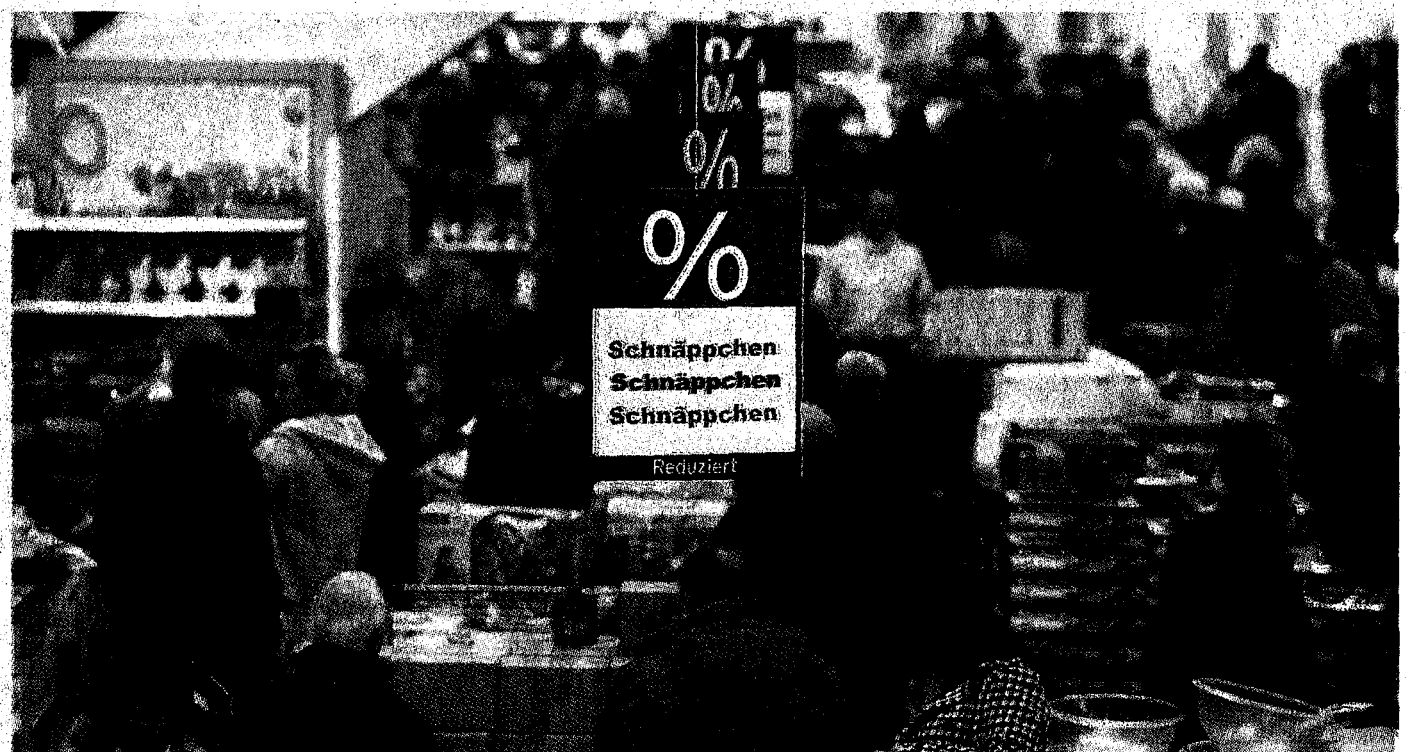
Griechenland wie Weimar?

Der griechische Ministerpräsident Antonis Samaras hat den Zustand seines Landes mit dem Ende der Weimarer Republik verglichen. „Immer mehr Menschen müssen in Suppenküchen gehen", sagte er dem „Handelsblatt". Die steigende Arbeitslosigkeit gefährde den sozialen Zusammenhalt, „so wie es gegen Ende der Weimarer Republik in Deutschland war." Die Gesellschaft sei bedroht, durch „den Aufstieg einer rechtsextremistischen, man könnte auch sagen faschistischen Neonazi-Partei." Am Dienstag reist Kanzlerin Angela Merkel nach Athen – Proteste sind angekündigt.

Loyal bis zur letzten Minute

Nur noch wenige Mitarbeiter arbeiten im Quelle-Versandzentrum. Der Ausverkauf hat begonnen

VON THOMAS MAGENHEIM



NÜRNBERG - Die Gegend entlang der innerstädtischen Bahngleise wirkt wie ein Abbruchviertel. In Blickweite liegt der Ort, wo vor drei Jahren hunderte Beschäftigte vergeblich um die Existenz des Nürnberger AEG-Werks gekämpft haben. Inmitten der Tristesse erhebt sich ein Turm mit dem Logo der einstigen Wirtschaftswunderfirma Quelle. Geflickter Asphalt, schmucklose Bauten, öde Parkplätze und ein braunes Ungetüm aus Klinkersteinen. Das ist das Nürnberger Versandzentrum des zur Abwicklung verurteilten Traditionsunternehmens. Die Firmenzentrale in Fürth liegt nur einen Kilometer östlich von hier.

Morgens kurz vor acht Uhr nähern sich erste Beschäftigte ihrem Arbeitsplatz, der bald ebenso verschwunden sein wird wie der Morgennebel. „Es kommen nicht mehr viele", sagt die Bäckersfrau, die am Quelle-Personaleingang seit fünf Jahren ihren Laden hat. Seit Dienstag, als das Aus verkündet wurde, tröpfle das Personal nur noch spärlich herein.

70 Jahre, 73 Millionen

Friede Springer hat Geburtstag und beschenkt ihren Vorstandsvorsitzenden Mathias Döpfner

BERLIN - 70 Jahre ist Friede Springer am Mittwoch geworden. Doch bevor sie Gratulationen und Geschenke entgegennahm, hatte sie selbst ein Präsent verteilt: Knapp 73 Millionen Euro gingen bereits am Dienstag in Form von knapp zwei Millionen Aktien an Mathias Döpfner, den Vorstandsvorsitzenden der Springer AG („Bild", „Welt"). Das teilte der Konzern am Freitag in einer Börsen-Pflichtmeldung mit. Solch eine Schenkung dürfte beispiellos in der deutschen Unternehmensgeschichte sein - und ein Zeichen dafür, dass die Verlegerwitwe Döpfner langfristig ans Unternehmen binden will.

Mit der Transaktion steigt Döpfners Anteil am Unternehmen um zwei Prozentpunkte auf 3,26 Prozent. Friede Springers direkt gehaltener Anteil am Konzern schrumpft von sieben auf fünf Prozent. Zusätzlich kontrolliert sie über die Axel Springer Gesellschaft für Publizistik die Mehrheit am Konzern mit 51,5 Prozent. 1985 hatte sie nach dem Tod ihres Mannes Axel Springer die Kontrolle über das Unternehmen übernommen.

Geknüpft ist die Schenkung an eine Poolvereinbarung. Damit verpflichtet sich Döpfner, bei Hauptversammlungen identisch mit Friede Springer zu stimmen, seine Stimmen werden ihren zugerechnet. Die Bindung gilt für die zwei Prozent.

Hohe Steuern muss Döpfner auf die Summe möglicherweise nicht zahlen. Wenn er von der sogenannten Verschonungsregel für Unternehmensvermögen profitiert, könnten 85 Prozent steuerfrei sein, teilte der Deutschen Steuerberaterverband mit.

Der Konzern will sich zu der Transaktion nicht äußern, da es sich „um eine persönliche Entscheidung der Aktionärin handelt". Es ist allerdings nicht das erste Mal, dass Springer Döpfner Aktien schenkt. 2006 hatte er aus ihrem Besitz Papiere im Wert von rund 52 Millionen Euro zu einem Sonderpreis erhalten. Ein „Zeichen der Wertschätzung" hieß es damals vom Verlag. Das dürfte auch dieses Mal einer der Gründe für die Schenkung sein.

Erst vorvergangene Woche hatte Döpfner Rekordzahlen für das erste Halbjahr vorgelegt. Dank steigender Werbeerlöse und Erfolge im Internet machte der Konzern von Januar bis Juni mit 1,62 Milliarden Euro einen um 6,2 Prozent höheren Umsatz als im Vorjahreszeitraum. Der Gewinn stieg um 5,6 Prozent auf 159,6 Millionen Euro. „So profitabel war die Axel Springer AG in einem ersten Halbjahr noch nie", sagte Döpfner, der konsequent eine digitale Strategie verfolgt. Mittelfristig soll das Internet die Hälfte der Umsätze ausmachen.

Aber neben Dankbarkeit dürfte Friede Springer noch ein zweiter Grund zur Schenkung bewegt haben. Sie sieht in Döpfner, von dessen zweitem Sohn sie Patin ist, einen Mann, der das Unternehmen in ihrem Sinn und dem ihres verstorbenen Mannes weiterführt. Die Schenkung ist deshalb auch unter dem Aspekt zu sehen, dass die Verlegerwitwe ihr Haus bestellen will. Döpfner, der im Januar sein zehnjähriges Jubiläum als Vorstandsvorsitzender feierte, soll erst gar nicht auf die Idee kommen, sich von anderen Unternehmen abwerben zu lassen. 73 Millionen Euro sind da kein schlechtes Argument.

Döpfner überreichte Friede Springer dann am Mittwoch zu ihrem Geburtstag im Namen des Verlagskonzerns ein Geschenk: einen Gutschein für einen Tango-Kurs.

SONJA POHLMANN

Geld verpflichtet. *Verlegerwitwe Friede Springer setzt schon seit Jahren auf ihren Mathias Döpfner. Doch das Geschenk, das sie ihm zu ihrem Geburtstag machte, schlägt alles.* *Foto: dapd*

Der Tagesspiegel Nr. 21426 Seite 7 18. Aug. 2012

Was würde Jesus dazu sagen?

Jeden Donnerstag schreiben Geistliche in der BZ über die Fragen der Zeit und die Antwort des Glaubens

16. Aug. 2012

Christen dürfen den Hass auf Israel keinesfalls hinnehmen

Schon wieder eine Demonstration in Berlin: Am kommenden Sonnabend werden vorwiegend Muslime durch Charlottenburg marschieren. Unter dem Motto „Al-Qudstag – Jerusalemtag" versammeln sich Gegner des Staates Israel. Seit Jahren tun sie das hier in Berlin. Der Iranische Revolutionsführer Ayatollah Chomeini rief erstmalig 1979 zu diesem Kampf-Tag auf. Al-Quds ist der arabische Name für Jerusalem, die heilige Stadt der Juden, der Muslime und nicht zuletzt auch der Christen. **Jerusalem aber soll – so die Unterstützer – allein den Muslimen gehören.** Immer wieder wurde in den vergangenen Jahren gefordert, den Staat Israel mit allen Mitteln zu bekämpfen. Und der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad leugnete vor drei Jahren genau an diesem Tag den Holocaust.

Zum Glück bleibt die Demonstration von Israel-Feinden nicht unwidersprochen. Ein Bündnis demokratischer Gruppen hat zu einer Gegenveranstaltung aufgerufen. **Christinnen und Christen dürfen diese Israel-Feindschaft keinesfalls hinnehmen.** Nach dem Holocaust hat die evangelische Kirche ein neues Verhältnis zum Judentum aufgebaut. Unsere Kirchenverfassung spricht von einer Mitschuld der Kirche an der Ausgrenzung und Vernichtung jüdischen Lebens und sie schreibt die Verantwortung für das jüdische Volk fest. Besonderen Ausdruck findet dies am sogenannten Israel-Sonntag, dem evangelischen Jerusalemtag. Dieser wurde am vergangenen Wochenende gefeiert. Christinnen und Christen in Berlin erinnerten an die Zerstörung Jerusalems in biblischen Zeiten und mit Scham und Trauer an die Vernichtung jüdischen Lebens im Holocaust.

Die antiisraelische Demonstration steht in krassem Widerspruch zu einem friedlichen Zusammenleben der Religionen in unserer Stadt. Allein schon aus diesem Grund sollten ihr alle demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürger Berlins widersprechen.

Diesen Text schrieb Markus Dröge, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg

FOTO: LEHMANN

Der Tagesspiegel Nr. 20312 Seite 31 - 7. Juli 2009

Hitlers Heilung?

Über den aktuellen „Spiegel" wundert sich PETER VON BECKER

Wir reiben uns die Augen. Die neueste Ausgabe des „Spiegel" zeigt ein verschwommenes Foto aus alten Schützengräben und titelt darüber: „90 Jahre Versailler Vertrag – Der verschenkte Frieden". Das klingt seriös und wenig sensationell, doch der wahre Blickfang ist die beigefügte Botschaft: „Warum auf den Ersten Weltkrieg ein zweiter folgen musste".

Folgen musste. Das heißt im Klartext: Der Friedensvertrag von Versailles, unterzeichnet am 28. Juni 1919, verursachte den Zweiten Weltkrieg. Und hieraus folgt: Nicht Adolf Hitler war's, sondern die Westalliierten, also Frankreich, Großbritannien und die USA sind im Grunde verantwortlich für den Krieg. Mit dieser Titelei hat der „Spiegel" am Montag auch ganzseitig in großen deutschen Tageszeitungen geworben. Schon da werden sich manche Leser im In- und Ausland an den Kopf gefasst haben.

Tatsächlich hatte der Versailler Vertrag dem Deutschen Reich nach dem Ende des verlorenen (und mit begonnenen) Ersten Weltkriegs milliardenschwere Reparationslasten auferlegt, zudem den Verlust aller Kolonien und eines Teils des bisherigen Reichsgebiets beschert. Innere Unruhen, Inflation, Weltwirtschaftskrisen und steigende Arbeitslosigkeit begünstigten dann die Radikalisierung von links und rechts. Zum erfolgreichen Propaganda-Repertoire der Nationalsozialisten gehörte dabei die Sündenbockthese, das „Diktat von Versailles" sei wesentlich schuld an den Miseren der Weimarer Republik. Hitler denunzierte die demokratischen Parteien der Republik immer wieder als feige Erfüllungsgehilfen des Versailler Vertrags.

„Der Spiegel", Heft 28/2009. *Repro: Tsp*

All dies ist seit Jahr und Tag historisch gesichertes Wissen. Auch die aktuelle „Spiegel"-Titelgeschichte tut nichts anderes, als dieses Wissen aus jubilarischem Anlass noch einmal nachzuerzählen. Dazu aber wird kein neues Dokument enthüllt und kein neues Forschungsergebnis präsentiert. Ja, das Titel-Diktum, Versailles habe zwangsläufig zum Zweiten Weltkrieg geführt, wird in der Titelgeschichte selbst überhaupt nicht zur Diskussion gestellt. Auch im anschließenden Interview mit Henry Kissinger spricht der ehemalige US-Außenminister in aller Vorsicht nur, wie viele Historiker, vom „Keim für den nächsten Krieg".

Vielleicht hätte es Hitlers Aufstieg bei einem anderen, klügeren Friedensschluss nicht gegeben. Trotzdem entsprang der Weltkrieg 20 Jahre später nicht zwangsläufig dem Frieden von Versailles, sondern Hitlers Gewaltwahn. Versailles erklärt nicht den Überfall auf Polen und fast ganz Europa und schon gar nicht den Rassenkrieg. Seit seinen Anfängen, schon in „Mein Kampf" (1925/26), hatte Hitler diesen Krieg propagiert, nicht nur Churchill nannte das Buch den „neuen Koran des Krieges". Merkwürdig: Sonst lässt sich der „Spiegel" kein Hitler-Titelbild entgehen („Hitlers Helfer"); doch diesmal kommt der große Diktator nur im Inneren und dabei eher klein ins Bild.

Wir unterstellen keine Reinwaschungsabsicht. Aber eine Torheit ist es schon, wenn sich der „Spiegel" 70 Jahre nach dem Überfall auf Polen zum Kronzeugen der Kriegsschuldleugner macht.

Die Samstags-Kolumne von Rafael Seligmann

6. Okt. 2012

Türkei und Syrien – der Schlüssel zum Frieden liegt in Berlin

Die Nato-Mitgliedsländer, speziell Deutschland, sind dazu aufgerufen, den aufflammenden türkisch-syrischen Konflikt mit aller Macht und Geschwindigkeit zu lösen – ansonsten droht die Situation zu eskalieren. Die Folge wäre ein weltweiter Krieg.

Schon einmal, 1914, entzündete sich eine Auseinandersetzung im Südosten Europas dermaßen, dass der Erste Weltkrieg entbrannte. Nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers durch Serben stellte Wien Belgrad ein Ultimatum. Wie ein Brandbeschleuniger wirkte damals der „Blanko-Scheck" des Deutschen Reiches für das verbündete Österreich.

Damit gab Berlin sein Schicksal in die Hand Wiens, wo der greise Kaiser Franz Joseph mithilfe der Armee Serbien besiegen wollte.

Heute ist der türkische Ministerpräsident Erdogan entschlossen, das Regime des syrischen Diktators Assad notfalls mit Gewalt zu stürzen. Ankara ist Mitglied der Nato. Kommt es zum Krieg, sind die anderen Paktmitglieder verpflichtet, der Türkei beizustehen. Dies würde Russland als Assads Verbündeter nicht zulassen: Kriegsgefahr.

Der Schlüssel, dies zu verhindern, liegt in Berlin. Deutschland hat spezielle Beziehungen zur Türkei. Durch die Nichtteilnahme am Feldzug gegen Gaddafi ist Berlin als Friedensmacht glaubwürdig. **Deutschland, speziell Außenminister Westerwelle (FDP), wird alles tun, den Ausbruch eines Krieges zu vermeiden.**

Dr. Rafael Seligmann

Die Propagandalüge

Ich habe hunderttausend Züge
von denen jeder euch gefällt,
ich bin die Propagandalüge,
die wahre Herrin dieser Welt.

Ich bin schon hunderttausend Jahre,
viel älter als der Pentateuch,
und von der Wiege bis zur Bahre,
bin ich auf Schritt und Tritt um euch.

Mir dient das Hirn von tausend Köpfen,
mir dient der Forscher im Labor,
und Dummeheit kommt Millionen Tröpfen,
wenn ich es will, wie Weisheit vor.

Doch dauernd ändert sich sein Name,
ob es nun Frieden oder Krieg,
ich heiße als Plakat Reklame
und als Flugblatt Politik.

Ich streue Gift in tausend Brunnen,
an einem Tage tausendmal,
den Deutschen mach' ich heut zum Hunnen
und morgen schon zum Parzifal.

Den Feigling mache ich zum Heros,
den Helden aber feig und schlecht.
Mir dient der Mensch, doch auch Gott Eros
ist täglich tausendmal mein Knecht.

Ich hetze jedes Volk zum Morden,
auf's Schlachtfeld, doch ich kann noch mehr –
ich mache aus vertierten Horden
ein sittenstrenges Kreuzzugsheer.

Ich bin die Propagandalüge
die jeder kaufen kann – für's Geld.
Ich fälsche, lüge und betrüge,
seit Anbeginn die ganze Welt!

Autor unbekannt.
Salomon Friedländer - Mynona

Der Krieg ist ein Vorgang,

bei dem Menschen sich umbringen,

die einander nicht kennen,

und zwar zum Ruhm und zum Vorteil von Leuten,

die einander kennen, aber nicht umbringen.

Paul Valery 1871 - 1945

USA greifen Pakistan mit Drohnen an

Medien: 90 Tote seit Anschlag auf CIA

WASHINGTON/ISLAMABAD - Der US-Geheimdienst CIA hat nach einem Zeitungsbericht seine Angriffe mit unbemannten Drohnen in den pakistanischen Stammesgebieten an der Grenze zu Afghanistan deutlich verstärkt. Dies sei die Antwort auf den Selbstmordanschlag auf eine CIA-Basis in der afghanischen Provinz Chost Ende Dezember. Seitdem hätten die ferngesteuerten Flugroboter bei elf Missionen etwa 90 Menschen getötet, berichtete die „New York Times" am Wochenende. Das sei die intensivste Serie von Angriffen gegen Ziele in Pakistan seit Beginn des Drohnenprogramms im Sommer 2008. Bei neuen Gewalttaten in der Unruheregion starben am Wochenende mehr als 30 Menschen.

„Die CIA will zeigen, dass sie zurückschlagen kann", sagte Verteidigungsexperte Bill Roggio der Zeitung. Bei dem Anschlag auf die CIA-Basis waren acht Amerikaner getötet worden, darunter sieben Mitarbeiter des Geheimdienstes, durch deren Erkenntnisse die Angriffsziele der Drohnen festgelegt wurden. Die Luftangriffe waren seit der Amtsübernahme von Präsident Barack Obama vor einem Jahr deutlich verstärkt worden. Nach Angaben der „New York Times" will die CIA ihre Flotte der neuesten „Reaper"-Drohnen bis zum nächsten Jahr von sechs auf 14 mehr als verdoppeln.

Im Nordwesten Pakistans kamen am Wochenende bei Anschlägen und Gefechten mindestens 35 Menschen ums Leben. Nach offiziellen Angaben erschossen in Nord-Waziristan Kämpfer der radikalislamischen Taliban sechs Männer, die als CIA-Informanten gearbeitet haben sollen. Sechs weitere Menschen starben bei einem Selbstmordanschlag auf eine Polizeistation in Tank in der Nordwest-Grenzprovinz, darunter der Attentäter. Bei Gefechten in den Stammesgebieten Orakzai und Kurram wurden zudem 21 Extremisten und zwei Soldaten getötet. In beiden Gebieten haben hunderte Taliban Zuflucht gesucht, nachdem die Regierungstruppen eine Offensive in Waziristan gestartet hatten. *dpa*

TSP Nr. 22 510 [illegible] 6

25. Jan. 2010

– 3. Nov. 2009

Linke empört über Platzeck

BERLIN - Linkspartei-Bundesvorstand Ulrich Maurer hat den Vergleich früherer SED-Anhänger mit der Waffen-SS durch Matthias Platzeck (SPD) scharf kritisiert und Brandenburgs Ministerpräsident zu einer Entschuldigung aufgefordert. „Die Waffen-SS war eine Mörderbande. Das kann man über Antifaschisten in der DDR nicht sagen", sagte Maurer dem Tagesspiegel und sprach von einer „Unverschämtheit". Platzeck hatte in einem „Spiegel"-Essay eine überfällige Versöhnung mit früheren SED-Anhängern angemahnt. Dabei verwies er auf versöhnliche Gesten des früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher gegenüber Mitgliedern der Waffen-SS. Auch die CDU kritisierte Platzeck scharf. *SB*

— Seiten 4 und 13

Der Tagesspiegel Nr. 20431
Seite 23 – 4. Nov. 2009

„Platzeck liegt falsch“

Historiker Winkler über Unterschiede zwischen NS-Staat und DDR

Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck vergleicht die politische Integration früherer Funktionsträger des SED-Regimes mit der Rehabilitation von Angehörigen der Waffen-SS in der Nachkriegszeit – zu Recht?

Platzeck beruft sich auf Kurt Schumacher. Der damalige SPD-Vorsitzende, der in der NS-Zeit lange Jahre im KZ verbracht hatte, verwies auf die Tatsache, dass unter den jüngeren Angehörigen der Waffen-SS auch viele waren, die ihr gezwungenermaßen beitraten. Da plädierte er zu Recht für ein differenziertes Vorgehen. Eine direkte Parallele hierzu in der Zeit nach 1990 sehe ich nicht.

Platzeck beruft sich dabei auch auf ein Zitat von Ihnen: „Vergleichen heißt nicht gleichsetzen, sondern nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten fragen.“ Fühlen Sie sich instrumentalisiert?

Platzeck zitiert mich korrekt. Wenn man aber NS-Staat und DDR konsequent vergleicht, fällt als ein wesentlicher Unterschied auf, dass Hitlers Herrschaft bis zum Ende des sogenannten „Dritten Reiches“ einen massenhaften Rückhalt hatte. Dagegen konnte sich die SED immer nur auf eine Minderheit stützen. Nach 1945 gab es folglich keine realistische Alternative dazu, den weniger belasteten ehemaligen Nationalsozialisten eine zweite Chance zu geben. Andernfalls wäre ein riesiges Reservoire an unzufriedenen, sich diskriminiert fühlenden Menschen entstanden, die Adressaten rechtsradikaler Parteien geworden wären. In der ehemaligen DDR gab es nach 1990 aber sehr wohl personelle Alternativen zur Weiterbeschäftigung belasteter Kräfte.

Ist denn ein Vergleich der Systeme in diesem Fall überhaupt gerechtfertigt?

Wenn man konsequent vergleicht, kann das sinnvoll sein. Aber Platzeck sagt nicht, was beide Regime tatsächlich gemeinsam hatten: den Anspruch auf den ganzen Menschen und Schaffung eines neuen Menschen – beide waren dem Anspruch nach totalitär. Zudem liegt Platzeck einfach falsch: Wir sollten aus dem nach 1945 weithin unvermeidlichen schonenden Umgang mit ehemaligen NSDAP-Mitgliedern keinesfalls folgern, dass die damals getroffenen hochproblematischen Entscheidungen heute wiederholt werden müssen. Die Quittung für das Beschweigen und Vertuschen politischer Belastungen hat mit zu der Studentenrebellion von 1968 geführt. Einen Wiederholungszwang gibt es nicht.

Foto: ddp

Heinrich August Winkler (70) ist Historiker der Humboldt-Universität zu Berlin. Er wurde im Jahr 2007 emeritiert. Der erste Band seiner „Geschichte des Westens“ ist gerade erschienen.

Seit 1990 wurden viele Leistungsträger aus der DDR-Zeit „abgewickelt“. Ist ihnen Unrecht geschehen?

Insbesondere in Brandenburg gab es eine hohe personelle Kontinuität in Verwaltung, Gerichten und Schulen. Auch daher rühren die heute viel beklagte fehlende Auseinandersetzung mit dem Erbe der DDR an den Schulen und eine vielfach apologetische Geschichtsinterpretation. An den Unis dagegen wurde auf ostdeutsche Alternativen, aber verstärkt auch auf westdeutsches Personal zurückgegriffen. Die Hochschulen wären ohne eine weitgehende personelle Erneuerung in ideologienahen Fächern auch nicht konkurrenzfähig geworden.

Müssen die etablierten bürgerlichen Parteien der enttäuschten Minderheit stärker entgegenkommen, um sie zu integrieren?

Nicht nachgeben dürfen Demokraten in der Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei. Ein Unrechtsstaat beginnt nicht mit Konzentrationslagern und Massenvernichtung, sondern mit der Vorenthaltung von Menschen- und Bürgerrechten, mit der Aufhebung der Gewaltenteilung, der Abschaffung einer unabhängigen Justiz und der Unmöglichkeit, Regierende in freien Wahlen abzulösen. All dies war in der DDR gegeben. Würde man dem Begriff Unrechtsstaat entgegenhalten, dass es Rechtsbereiche gab, in denen formal korrektes Recht gesprochen wurde, so gilt das mit Blick auf das bürgerliche Recht auch für NS-Deutschland.

— Die Fragen stellte Amory Burchard.

Berl. Tagesspiegel Nr. 20430 vom 4 v. = 3. Nov. 2009

„Das ist eine Unverschämtheit“

Platzecks SS-Vergleich sorgt für einen veritablen Streit mit der Linken – die SPD will beschwichtigen

Von Sebastian Bickerich

Berlin - Töricht oder „außerordentlich klug“? Mit seinem Debattenbeitrag im „Spiegel“ zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit hat sich der brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck gewaltig in die Nesseln gesetzt. Nachdem bereits die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Dagmar Ziegler, es für „unzulässig“ hielt, sich im Umgang mit „belasteten Gruppen“ aus der DDR ausgerechnet den Umgang mit der Waffen-SS in den fünfziger Jahren zum Vorbild zu nehmen, kritisiert nun auch die Linkspartei Platzeck heftig.

„Das ist völlig unangemessen“, sagte Linken-Fraktionsvize Ulrich Maurer nach einer Sitzung des Parteivorstandes in Berlin. „Man kann ja über die Fehler der Kommunisten in der DDR viel zu Recht sagen“, ärgerte sich Maurer. „Aber zu sagen, man müsse an ihnen die gleiche Integrationsleistung vollziehen wie in der BRD an der Waffen-SS, das ist eine beispiellose Unverschämtheit.“ Dem Vernehmen nach rief Platzecks Beitrag bei der Linken flügelübergreifend Empörung hervor.

Foto: AP

Matthias Platzeck hatte in einem Gastbeitrag zur Versöhnung aufgerufen

Auch in der CDU stießen Platzecks Thesen auf Ablehnung. Brandenburgs CDU-Vize Sven Petke sprach von einem „törichten Versuch“, die angestrebte Koalition mit der Linken durch Nazi-Vergleiche zu rechtfertigen. Die Thesen des Ministerpräsidenten zur Integration von Nazis nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland würden „allenfalls Jubel bei Extremisten auslösen“. Platzecks Geschichtsbild sei „vollkommen abwegig“ und tauge nicht für das Amt eines Ministerpräsidenten, sagte der CDU-Politiker. Platzeck werde weder ehemaligen SED-Mitgliedern noch heutigen Linke-Politikern gerecht, wenn er seine Koalition darauf baue, diese mit Nazis oder mit Mitgliedern der Waffen-SS zu vergleichen.

Platzeck hatte in seinem Beitrag geschrieben: „Zwei Jahrzehnte nach dem revolutionären Umbruch in der DDR müssen wir in Deutschland endlich anfangen, es mit dem überfälligen Prozess der Versöhnung wirklich ernst zu meinen.“ Quer durch die ostdeutsche Gesellschaft ziehe sich noch immer ein „ungesunder Riss“. Als Beispiel für gelungene Integrationsbemühungen lobte der Ministerpräsident ausdrücklich versöhnliche Gesten des früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher gegenüber Mitgliedern der Waffen-SS. Schumacher, der fast zehn Jahre lang KZ-Häftling war, hatte 1951 einen versöhnlichen Umgang mit den überlebenden Mitgliedern der Waffen-SS als „menschliche und staatsbürgerliche Notwendigkeit“ bezeichnet.

Nur der scheidende SPD-Generalsekretär Hubertus Heil nahm Platzeck am Montag in Schutz. Heil sprach in Berlin von einem „außerordentlich klugen“ Beitrag Platzecks „zu einer wichtigen Debatte“. In Deutschland müssten alle einen Platz finden können, die aus der Geschichte gelernt haben. Platzecks Position werde „in weiten Teilen der SPD“ positiv aufgenommen. *mit ddp*

Der 23. Mai – ein unbekannter Gedenktag

Ist die BRD souverän?

Am 23. Mai 1945 verhafteten die Alliierten völkerrechtswidrig die letzte souveräne deutsche Regierung unter Großadmiral Dönitz. Seither sind die Deutschen unfrei. Das geschah unter den entwürdigsten Umständen durch (angeblich kultivierte) Engländer, die höchste Offiziere u.a. zwangen, bei der Verhaftung die Hosen herabzulassen. Die Bundesrepublik ist deshalb kein Staat der Deutschen, sondern ein Selbstverwaltungs-Provisorium unter alliierter Vormundschaft! So paradox es sich anhören mag: Der Zweite Weltkrieg ist niemals beendet worden. Am 8. Mai 1945 hatte nicht der deutsche Staat kapituliert, sondern nur die Wehrmacht. In der Kapitulationsurkunde heißt es wörtlich im Abschnitt 4:

Eine Tat hoher Kultur: Der Regierungsstab der letzten Reichsregierung wird in Flensburg durchsucht.

»Diese Kapitulationserklärung stellt kein Präjudiz für an ihre Stelle tretende allgemeine Kapitulationsbestimmungen dar, die durch die Vereinten Nationen oder in deren Namen festgesetzt werden und Deutschland und die Deutsche Wehrmacht als Ganzes betreffen werden.«

Völkerrechtswidrig haben sich die Alliierten nicht an diese Abmachung gehalten und eigene Besatzungs-Terror-Regime eingerichtet. Deshalb sind alle durch diese getroffenen Maßnahmen völkerrechtswidrig erfolgt und damit ungesetzlich.

Bis heute wurde auch kein Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten abgeschlossen. Die BRD steht unter amerikanischem Diktat, das heißt letztlich unter dem Diktat des Hochfinanz-Turbokapitalismus. Nach wie vor sind hier alliierte Truppen stationiert, die von einem riesigen Headquarter-Areal in Stuttgart zu Einsätzen in aller Welt verfrachtet werden. Nach wie vor werden von Deutschland Besatzungskosten erpreßt, hauptsächlich in Form von Nato-Beiträgen und Kostenübernahme für die von den Alliierten beanspruchten Areale und Immobilien.

Einer der Gründungsväter der BRD, Prof. Carlo Schmid (SPD), bezeichnete die entstehende Bundesrepublik in seiner berühmten Rede vom 8. September 1948 als *»Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft«.*

Dies hat sich bis heute prinzipiell nicht geändert, denn die Vereinbarung zwischen der BRD und den drei Mächten vom 27./28. September 1990 zum »2 plus 4–Vertrag« bestimmt im ersten Teil, Art. 2: »Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft.« (BGBl 1990, Teil II, 8.1398)

Zu den »gerichtlichen Maßnahmen« der Alliierten gehören vor allem die Urteile und Feststellungen des Nürnberger Militärtribunals von 1946, bei denen die ›Alleinkriegsschuld‹ Deutschlands und die Völkermordverbrechen in Höhe von 6 Millionen festgeschrieben wurden. Dies wird von allen deutschen Politikern kniend nachgebet, besonders bei Feiern im Ausland. Merkel, Gauck und Westerwelle zeigen sich dabei besonders eifrig. Das Vertreibungsverbrechen dagegen wird in ihren Reden peinlichst gemieden.

Die Freiheit der Deutschen ist im steigenden Maße durch die geostrategische Politik der USA höchst gefährdet. Denn diese bekämpfen und unterdrücken unter dem verlogenen Vorwand der ›Terrorbekämpfung‹ immer weitere Teile der Welt. Die Auslieferung fast aller Daten deutscher Bürger an die US-Regierung und der EU-Haftbefehl nach amerikanischem Muster erlauben eine nahezu willkürliche Freiheitsberaubung. Der Spitzel- und Überwachungsstaat in Deutschland nimmt Formen an, von denen Gestapo und Stasi nur hätten träumen können. Aus Angst vor den Medien, den Gerichten und linksextremen Schlägerbanden wagen die Bürger kein offenes Wort mehr über die massenhafte Einwanderung von Ausländern oder über die Macht eines gewissen Zentralrates, dessen Mitglieder jeder Veranstaltung der Regierenden kontrollierend beiwohnen.

Warum wehren sich Regierung und Parteien in Deutschland nicht im geringsten gegen solche Zustände, die jeder Rechtsstaatlichkeit spotten? Bestenfalls fordert ein Politiker populistisch den Abzug der amerikanischen Atombomben von Deponien in Deutschland.

Die Antwort ergibt sich aus den Konsequenzen der oben genannten ›Verträge‹: Danach ist das »Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland« keine Verfassung, sondern nur ein Organisationsstatut für eine Übergangszeit, wobei letztere bis 2099 vorgesehen ist. Es wurde vom deutschen Volk weder in Auftrag gegeben noch beschlossen, sondern von den Siegern des Zweiten Weltkriegs aufgezwungen.

Andererseits hat das Verfassungsgericht bestätigt, daß die Verfassung von Weimar noch nicht erloschen ist. Da die BRD als Besatzungskonstrukt der Siegermächte nicht der Nationalstaat des Deutschen Volkes ist und sein kann, kann die BRD-Regierung somit auch nicht die wohlverstandenen Interessen des Deutschen Volkes nachhaltig vertreten und die anders nicht mehr zu bewältigenden Probleme unserer Zeit wie: Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Staatsverschuldung, Sprach- und Kulturverfall, Bildungsnotstand, verfehlte Bevölkerungspolitik usw. kraftvoll anfassen und sie einer befriedigenden Lösung zuzuführen. BRD-Politiker sind bis heute den Anordnungen und Weisungen der Siegermächte unterworfen. Somit sind sie nicht in der Lage und auch nicht willens, die Interessen des Deutschen Volkes wirksam zu vertreten. Dazu wäre nur ein unabhängiger Nationalstaat der Deutschen in der Lage. Denn nach wie vor ist jeder Deutsche Bürger des Deutschen Reiches. Die BRD kann keine Staatsbürgerschaft vergeben und ist somit im Sinne des Völkerrechtes kein Staat! »Deutsch« ist keine Staatsbürgerschaft! Dazu hat der Europäische Gerichtshof festgestellt, daß die BRD kein wirksamer Rechtsstaat ist (Az. EGMR 75529/01 v. 8. 6. 2006) ■ Hans Meiser

Deutschlands Beruf

Immanuel Geibels Definition von „Deutschlands Beruf" ist auch heute noch gültig.

Wir dürfen getrost und freudig darauf hinarbeiten, daß „am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen mag." Der Borussenherrscher Wilhelm II., der Geibel zitierte, tat dies zwar auf nicht ausreichender Basis, doch in echtem Glauben an Freiheit und Weltfrieden.

Auch heute gilt: Entweder Frieden und Wohlfahrt in Europa in monarchischer Gemeinschaft unter Führung des Kaisers oder immerwährender Haß, Zwietracht und Krieg durch Demokraten und Menschenrechtler.

Solls denn ewig von Gewittern
am umwölkten Himmel brau'n,
soll denn stets der Boden zittern,
drauf wir unsre Hütten bau'n,
oder wollt ihr mit den Waffen
endlich Rast und Frieden schaffen?

Daß die Welt nicht mehr, in Sorgen
um ihr leicht erschüttert Glück,
täglich bebe vor dem Morgen,
gebt ihr ihren Kern zurück!
Macht Europas Herz gesunden,
und das Heil ist euch gefunden.

Einen Hort geht aufzurichten,
einen Hort im deutschen Land!
Sucht zum Lenken und zum Schlichten
eine schwerterprobte Hand,
die den güldnen Apfel halte
und des Reichs in Treuen walte.

Sein gefürstet' Banner trage
jeder Stamm, wie er's erkor,
aber über alles rage
stolz entfaltet eins empor:
Hoch, im Schmuck der Eichenreiser,
wall' es vor dem deutschen Kaiser!

Wenn die heil'ge Krone wieder
einen hohen Scheitel schmückt,
aus dem Haupt durch alle Glieder
stark ein ein'ger Wille zückt:
wird im Völkerrat vor allen
deutscher Spruch aufs neu erschallen.

Dann nicht mehr zum Weltgesetze
wird die Laun' am Seinestrom,
dann vergeblich seine Netze
wirft der Fischer aus in Rom,
länger nicht mit seinen Horden
schreckt uns der Koloß im Norden.

Macht und Freiheit, Recht und Sitte,
klarer Geist und scharfer Hieb
zügeln dann aus starker Mitte
jeder Selbstsucht wilden Trieb,
und es mag am deutschen Wesen
einmal noch die Welt genesen!

Klage um Deutschland

ich klage um Deutschland,

nicht, weil es besiegt, zerstückelt, entmachtet ist;

ich klage,

weil es sein Wesen preisgibt,

weil es seine Seele verrät.

Ich klage um Deutschland,

weil es seine Herkunft vergisst,

um jenes Deutschland,

wo ein Wort noch ein Wort,

Recht Recht, Treue Treue, Verrat Verrat war,

wo Korruption fremd und Opportunismus verächtlich war,

wo Pflicht höher stand als Genuss.

Ich klage nicht

um ein erträumtes, nie da gewesenes Land,

sondern ein miterlebtes,

was im Kaiserreich, der Weimarer Republik

und trotz allem im Dritten Reich und danach

noch vorhanden war

und erst jetzt, Jahr um Jahr, entschwindet.

* * *

Friedrich Franz von Unruh

* 16. April 1893 in Berlin, † 16. Mai 1986 in Merzhausen war ein deutscher Schriftsteller.